



**Beschlusskammer 8**

Aktenzeichen: BK8-20/12243-61

**BESCHLUSS**

In dem Verwaltungsverfahren gegenüber

Baltic Cable AB, Gustav Adolfs Torg 47, SE-211 39 Malmö, Schweden,  
gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

**- Beteiligte -**

wegen **Auskunftsverlangen nach § 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2, 6 und 7 EnWG,**

hat die

Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden  
den Beisitzer  
und den Beisitzer

Karsten Bourwieg,  
Wolfgang Wetzl  
Bernd Petermann,

am 20.04.2020 beschlossen:

1. Die Beteiligte ist verpflichtet, gegenüber der Bundesnetzagentur Auskünfte über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kalenderjahren 2013 bis 2019 nach den folgenden Vorgaben zu erteilen:
  - a) Die Beteiligte hat die für die Ermittlung der Netzkosten und der Engpasserlöse in den Jahren 2013 bis 2019 erforderlichen Daten und Unterlagen vollständig elektronisch bei der Bundesnetzagentur einzureichen.
  - b) Die Beteiligte ist verpflichtet, alle für die Ermittlung der Netzkosten und Engpasserlöse erforderlichen Daten jeweils in den Erhebungsbogen „EHB\_ÜNB\_Netzkosten.xlsx“ (abrufbar auf der Internetseite <http://www.bundesnetzagentur.de>, unter den Menüpunkten „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 8“ → „Formulare / Erhebungsbögen“) einzutragen und zu übermitteln.
  - c) Den Daten sind die Datendefinitionen zugrunde zu legen, die in der Ausfüllhilfe des Erhebungsbogens enthalten sind.
  - d) Wurden der Beteiligten von Dritten betriebsnotwendige Anlagegüter überlassen oder von einem verbundenen Unternehmen Dienstleistungen erbracht, hat sie für jeden Dritten je Leistungsart (Dienstleistung oder Verpachtung) jeweils einen gesonderten Erhebungsbogen zu befüllen und zu übermitteln.
  - e) Die Beteiligte ist insbesondere verpflichtet, zur Erläuterung der in dem jeweiligen Erhebungsbogen eingetragenen Daten einen Bericht über die Ermittlung der Netzkosten und Engpasserlöse sowie die erforderlichen Nachweise beizufügen und nach Maßgabe der Ziffern a) und b) dieses Tenors zu übermitteln. Der Bericht nebst Anhang ist in der Struktur und mit dem Inhalt zu erstellen, wie sie in der „Anlage Bericht“ zu diesem Beschluss vorgegeben sind.

- f) Für die elektronische Übermittlung der Daten und Unterlagen nach den Ziffern a) bis e) des Tenors hat die Beteiligte das Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur (abrufbar auf der Internetseite: <http://www.bundesnetzagentur.de/energiedatenportal>) zu nutzen. Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem dort bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm verschlüsselt werden.
2. Insbesondere ist die Beteiligte verpflichtet, sämtliche geschäftlichen Unterlagen vorzulegen, die sich auf die Auszahlung oder Verrechnung der in den Jahren 2013 bis 2019 erwirtschafteten Engpasserlöse an die Anteilseignerin und Gesellschafterin Statkraft Energie AS oder deren Verwendung beziehen. Insbesondere richtet sich diese Anordnung auf
- a) Protokolle der Gesellschafterversammlungen, Beiräte und anderer Gremien der Beteiligten und ihrer Gesellschafter zur Verwendung von Engpasserlösen sowie
- b) Verträge, Briefe, Emails, Telefon-, Gesprächs- und sonstige Vermerke zwischen dem Vorsitzenden bzw. dem Geschäftsführer und den Mitarbeitern der Beteiligten einerseits und den Vertretern der Gesellschafter andererseits, zur Verwendung von Engpasserlösen, jeweils einschließlich sämtlicher Vermerke, Notizen und Beschlussvorlagen, die den o.g. Unterlagen vorausgegangen sind.
3. Die nach dem Gesetz zur Vertretung der Beteiligten berufenen Personen sind verpflichtet, die unter Ziffer 1.) genannten Auskünfte zu erteilen sowie die unter Ziffer 2.) genannten Unterlagen herauszugeben.
4. Die Erteilung der Auskünfte sowie die Herausgabe der Unterlagen gemäß Tenor zu Ziffer 1.) bis 3.) hat bis zum

**30. Juni 2020**

zu erfolgen.

## Gründe

### I.

Bei der Beteiligten handelt es sich um ein Unternehmen mit Sitz in Malmö (Schweden). Alleiniger Anteilseigner der Beteiligten ist die Statkraft Energie AS, mit Sitz in Oslo (Norwegen). Die Beteiligte betreibt eine Gleichstrom-Verbindungsleitung mit einer Länge von 250 km zwischen Schweden und Deutschland, mit einer Nennkapazität von rd. 600 MW. Auf deutscher Seite ist die Leitung der Beteiligten mit dem 220-kV Netz des Übertragungsnetzbetreibers TenneT TSO GmbH verbunden.

Die Leitungs-Kapazität wird im Rahmen des sog. Market-Coupling-Verfahrens an den Strombörsen EPEX und NordPool versteigert. Die Engpasserlöse aus der Versteigerung der Kapazität dienen der Beteiligten als einzige Einnahmequelle und waren gemäß Art. 16 Abs. 6 VO (EU) 714/2009 zu verwenden (vgl. EuGH, Urteil v. 11.03.2020, C-454/18).

Mit Entscheidung der Beschlusskammer 6 vom 19.11.2019, unter dem Aktenzeichen BK6-17-087 wurde die Beteiligte als Übertragungsnetzbetreiber zertifiziert. Diese Einordnung hat der EuGH in seiner Entscheidung vom 11.03.2020, im konkreten Bezug auf die Beteiligte, bestätigt.

Die Beschlusskammer hat daher am 22.04.2020 gegen die Beteiligte, vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils vom 11.03.2020 (Rechtssache C-454/18), ein Aufsichtsverfahren nach §§ 65 Abs. 1 und 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG i.V.m. Art. 16 Abs. 6 VO (EG) 714/2009 eingeleitet.

Die Einleitung des Verfahrens wird im Amtsblatt und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gemacht. Überdies wurde gemäß § 57 EnWG die schwedische Regulierungsbehörde mit Schreiben vom 22.04.2020 über die Einleitung des Verfahrens in Kenntnis gesetzt.

## II.

### 1. Zuständigkeit

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs.1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs.1 S.1 EnWG.

### 2. Ermächtigungsgrundlage

Das Auskunftsverlangen erfolgt auf Grundlage des § 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, Abs. 2, 6 und 7 EnWG. Soweit es zur Erfüllung der in diesem Gesetz der Regulierungsbehörde übertragenen Aufgaben erforderlich ist, kann die Bundesnetzagentur gemäß § 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG bis zur Bestandskraft ihrer Entscheidung von Unternehmen Auskünfte verlangen. In der Anordnung sind Zeitpunkt, Rechtsgrundlage, Gegenstand und Zweck der Prüfung anzugeben.

#### 2.1. Anwendbarkeit

§ 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG setzt demnach ein laufendes, noch nicht bestandskräftig abgeschlossenes Verwaltungsverfahren im Sinne des § 66 EnWG voraus.<sup>1</sup> In dem am 06.04.2020 eingeleiteten Verwaltungsverfahren §§ 65 Abs. 1 und 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 EnWG i.V.m. Art 16 Abs. 6 VO (EG) 714/2009 EnWG liegt keine bestandskräftige Entscheidung vor. Die vorliegende Entscheidung dient der Sachverhaltsaufklärung in dem vorgenannten Verwaltungsverfahren.

#### 2.2. Adressaten der Ermittlungstätigkeit

Die Ermittlungstätigkeit der Bundesnetzagentur muss sich gemäß § 69 Abs. 1 und 8 EnWG gegen Unternehmen richten. Bei der Baltic Cable AB handelt es sich um ein Unternehmen in diesem Sinne.

---

<sup>1</sup> Salje, EnWG, zu § 69, Rz.8.

### **2.3. Gegenstand der Ermittlungstätigkeit und Verfolgungszweck**

Zur Begründung des Auskunftsverlangens muss ein schlüssiges oder zumindest vertretbares Verfolgungskonzept mit tatsächlichen Verdachtsmomenten existieren. Dabei müssen sich die Verdachtsmomente auf alle Merkmale der in Betracht kommenden Norm erstrecken. Den Ermittlungen muss eine zumindest vertretbare rechtliche Auffassung zu Grunde liegen, die ein gewisses Maß an Überzeugungskraft zu entfalten in der Lage ist.

Es ist hinreichend wahrscheinlich, dass die Beteiligte ihre Netzkosten zur Bestimmung der Engpassmehrerlöse nach Art. 16 Abs. 6 VO (EU) 714/2009 nicht nach den Vorgaben des nationalen Rechts, maßgeblich der §§ 4 ff. StromNEV, ermittelt hat.

Ziel des Verfahrens ist es, möglichst zeitnah die Ermittlung der Engpassmehrerlöse auf Grundlage der Netzkosten und der Engpasserlöse, die bei der Beteiligten in den Kalenderjahren 2013 bis 2019 angefallen sind, vornehmen zu können.

### **2.4. Erforderlichkeit und Angemessenheit**

Das Auskunftsverlangen ist erforderlich und stellt insbesondere gegenüber der Kenntniserlangung im Wege der Einsichtnahme und Prüfung in den Geschäftsräumen das mildere Mittel dar.<sup>2</sup>

Eine schriftliche Anfrage bei der Beteiligten konnte in der Abwägung indes nicht als geeignetes Mittel angesehen werden, da nicht zu erwarten war, dass die Beteiligte dem Begehren der Beschlusskammer in gleichem Umfang und zeitnah nachkommen würde. Auch angesichts der bisherigen Verfahrensabläufe war es daher geboten, die vorliegende Aufsichtsverfügung gegenüber der Beteiligten zu erlassen.

---

<sup>2</sup> vgl. Immenga/Mestmäcker, GWB, § 59 Rz.23.

### **3. Rechtsfolgen der Anordnung**

Die Personen, die nach Gesetz oder Satzung die Beteiligte vertreten, sind gemäß § 69 Abs. 2 und 3 EnWG verpflichtet, die im Beschlusstenor bezeichneten Auskünfte zu erteilen sowie die begehrten Unterlagen herauszugeben.<sup>3</sup> Eine mit Geldbuße bedrohte Ordnungswidrigkeit begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 69 Abs. 2 EnWG die im Beschlusstenor bezeichneten Auskünfte nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt oder die bezeichneten Unterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig herausgibt (§ 95 Abs. 1 Nr. 3 lit. a) EnWG). Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 95 Abs. 2 S. 2 EnWG mit einer Geldbuße bis zu 100.000,00 EUR geahndet werden.

Das Auskunftsverlangen erstreckt sich sowohl auf Unterlagen, die in schriftlicher Form vorliegen, als auch auf solche Daten und Dokumente, die in elektronisch gespeicherter Form vorliegen. Vorlage- und Herausgabeverweigerungsrechte bestehen nicht. Es wird darauf hingewiesen, dass nach der Zustellung dieses Beschlusses aus den bezeichneten Unterlagen keine Einzelteile mehr entfernt werden dürfen. Sie sind unverändert zu lassen.

### **4. Übermittlungsweg**

Zur Gewährleistung der Datensicherheit hinsichtlich der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Beteiligten hat Übermittlung der Daten und Unterlagen nach den Ziffern 1. des Tenors über das Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur (abrufbar auf der Internetseite: <http://www.bundesnetzagentur.de/energiedatenportal>) zu erfolgen. Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem dort bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm verschlüsselt werden. Das Energiedatenportal hat sich als sicherer und praktikabler Weg zur Datenübertragung erwiesen, auf dem auch große Datenmengen an die Bundesnetzagentur kurzfristig übermittelt werden können.

---

<sup>3</sup> Salje, EnWG, zu § 69, Rz. 6 ff.



## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Karsten Bourwieg

Wolfgang Wetzl

Bernd Petermann